

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 83 (1989)  
**Heft:** 11

**Artikel:** Brief aus dem Nationalrat : die SP vor und nach dem 26. November 1989  
**Autor:** Braunschweig, Hansjörg  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-143508>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 02.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Sicherheit ist zukünftig nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch miteinander zu haben. Sicherheit ist in Zukunft auch nicht mehr national organisierbar. Vielmehr ist Sicherheit in Zukunft *gemeinsame Sicherheit*. Wenn diese Schlussfolgerung aber

richtig ist, dann kann sie sich nicht nur auf Bündnisse wie die NATO und den Warschauer Vertrag beziehen. Vielmehr verlangt das Erfordernis gemeinsamer Sicherheit auch nach der Ablösung der bewaffneten Neutralität.

---

*Brief aus dem Nationalrat*

## Die SP vor und nach dem 26. November 1989

Vergeblich versuchten die Genossen Sepp Stappung (Schlieren) und Peter Bodenmann (Brig) das Rüstungsprogramm 1989 im Betrage von 1844 Millionen Schweizerfranken um 246 und 315 Millionen für die Funkgeräte SE 225 und die 12 zusätzlichen Transporthelikopter 89 Super-Puma zu kürzen. Es muss befürchtet werden, dass bald nach dem 26. November weitere Forderungen für Transport-, später auch Panzerabwehr- und andere Modelle von Kampfhelikoptern kommen werden (es sei denn, die Armeeabschaffungs-Initiative würde nicht abgelehnt!).

### SP im Abseits

Überraschend war das Votum von Theologieprofessor Heinrich Ott als Sprecher der SP-Fraktion, das er allerdings mit uns nicht abgesprochen hatte: Wortreich holte er zu einer grundsätzlichen Optik der Rüstungsbeschaffungspolitik aus und berief sich dabei auf die sozialdemokratischen Parteien Europas: Betonung der rein defensiven Rüstung und Errichtung eines umfassenden Systems sicherheits- und vertrauensbildender Massnahmen in Europa. Leider blieben die Folgerungen unbestimmt und unverbindlich (unkorrigiert):

«Vielleicht bleibt eine situationsgenügende Landesverteidigung im gesamteuropäischen Konzept unter bestimmten gegebenen Bedingungen, aber auch mit geringeren Mitteln, als man vordem glaubte. Vielleicht muss man zu den Ausbausritten anfangen, Varianten zu planen. Vielleicht müsste man den sehr weittragenden Konse-

quenzenumbau unserer Armee zu einer Mehrzweckarmee – der Ausdruck stammt nicht von mir, sondern vom EMD – ins Auge fassen, einer Mehrzweckarmee, die in noch ganz anderer Masse als bisher auch für Friedenseinsätze fähig ist, weil diese wohl für unsere eigene Sicherheit die wichtigsten sind.»

Muss denn die eigene Sicherheit immer im Vordergrund stehen? Längst spricht die SPD von «gemeinsamer Sicherheit» oder «Sicherheitspartnerschaft», und die Sowjetunion hat diese Überlegungen erfreulicher- und hoffnungsvollerweise weitgehend übernommen. Heiner Ott müsste ich allerdings zusätzlich fragen, ob man als Theologe die Reden von Sicherheit und Sicherheitspolitik im Rüstungsbereich so unkritisch, ungeschützt und ohne Vorbehalt übernehmen darf. Ich wäre dankbar gewesen, wenn sich Heiner Ott (mit dem ich schon vor Jahrzehnten in der Kirchenkommission des Verfassungsrates der beiden Basel sass) auf eine Variante möglichst ohne Wenn und Aber festgelegt hätte. Dann hätte er allerdings sehr viel weniger Lob von Bundesrat Kaspar Villiger und rechtsbürgerlichen Nationalräten und Kommentaren geerntet. Original-Grabesstimme von Herman Greulich: «Heinrich, wenn Du in der NZZ gelobt wirst, dann musst Du Dir überlegen, was Du falsch gemacht oder gesagt hast!»

Ich muss mir dies ebenfalls überlegen: Möglicherweise bin ich in die Offside-Falle getreten. Am Armeeabschaffungs-Parteitag der SPS setzte ich mich für die Stimmfreigabe ein, obwohl ich die Armee als ge-

schichtlich überholt betrachte. Ich hatte damals zwei Hoffnungen: Die Stimmfreigabe wäre eine bessere Voraussetzung, um den jahrzehntealten Konflikt innerhalb der Partei zwischen Pazifisten, Linken, Rechten, armeekritischen Reformern und Technokraten abzubauen und um den zweiten Teil der Initiative «umfassende Friedenspolitik» zu konkretisieren. Leider ist beides nicht geschehen. Im Gegenteil. Für viele Genossen und SP-Sektionen ist das Thema seit dem Parteitag vom Tisch. Die Bürgerlichen, die GSoA, die Medien, viele Persönlichkeiten, Frauen und junge Menschen treten an vielen Veranstaltungen in Erscheinung, die SP und prominente Sozialdemokraten nur ganz ausnahmsweise. Wenn ich meine Agenda konsultiere: Eingeladen bei SVP und CVP, Freisinn und Landesring, nur ganz vereinzelt bei SP und selten zur «umfassenden Friedenspolitik».

### **Wird die SP von den Grossbanken militärpolitisch links überholt?**

Auf meine Frage bestätigte der Vorsteher des EMD namens des Bundesrates, dass der ehemalige Direktor der eidgenössischen Munitionsfabrik Altdorf (MFA), Albert Sommerauer, seit Anfang 1989 für Christoph Blochers Rüstungsfirma «Patvag Technik AG» in Zürich und der ehemalige MFA-Vizedirektor Rudolf Ellenberger seit seiner vorzeitigen Pensionierung für die Luzerner Niederlassung des US-Rüstungskonzerns «PI Physics International AG» arbeiten und als Vertreter ihrer neuen Arbeitgeber noch immer in persönlichem Kontakt mit der Munitionsfabrik Altdorf stehen. Vorkehrungen, um die missbräuchliche Weiterverbreitung von Produktions- und Militärgeheimnissen zu verhindern, können beamtenrechtlich nicht getroffen werden! «Eine Geschmacksfrage», fügte Bundesrat Villiger etwas degoutiert, leise und ausser Manuskript hinzu.

Ebenso weitgehend totgeschwiegen wird ein Postulat der Geschäftsprüfungskommission vom 24. Mai 1989, das bereits in der Sommersession ohne Opposition dem Bundesrat überwiesen worden ist: Dieser wird ersucht, Bericht zu erstatten, wie die Koordination zwischen Studium, Berufsschule und Weiterbildungsschulen einerseits und

Militärdienst andererseits rasch verbessert und wie die verfassungsrechtliche Wehrpflicht als Schranke der Privatautonomie im Vertragsrecht zur Geltung gebracht werden kann. Diesem schwierigen Text liegt der folgende Sachverhalt zugrunde: Grossbanken und andere Unternehmen der Privatwirtschaft, aber auch die ETH stellen in Bezug auf Aus- und Weiterbildung (z.B. Informatik oder Management) so hohe Anforderungen an die Studierenden und ihre Mitarbeiter, dass diese ihre militärischen Kurse nicht mehr absolvieren können. Es kommt vor, dass Mitarbeiter verpflichtet werden, während einer dreijährigen Ausbildungszeit auf möglichst alle Absenzen zu verzichten. Schalten sie ein Zwischenjahr im Ausland, oder um Offizier zu werden, ein, so entsteht für sie und ihre Laufbahn eine Verzögerung, die kaum mehr aufgeholt werden kann. Ein hoher Offizier der Armee lud die Vertreter der Grossbanken zu einer Sitzung ein, um diese Rivalität zu besprechen. Die Sitzung wurde kurzfristig und einseitig ohne neues Datum abgesagt.

Ein prominenter Arbeitgebervertreter lächelnd: «Verwundert Sie das? Diese Entwicklung geht doch schon auf zehn Jahre zurück!» Es ist unbestritten: In Teilen der Privatwirtschaft findet ein Wertewandel statt. Die permanente Ausbildung in allen Bereichen der Wirtschaft ist viel wichtiger und auch hektischer geworden – auf Kosten der Offiziersausbildung. An gewissen Orten wird nicht mehr nach dem militärischen Grad gefragt, und vereinzelt wird sogar jenem der Vorzug gegeben, der weniger oder gar keine Militärdienstleistung zu erbringen hat.

Mit dieser Konfliktsituation soll sich nun der Bundesrat befassen. Ein Hoffnungsschimmer? Vielleicht. Oder gar ein Ableger der GSoA bei den Grossbanken (ohne dass die GSoA etwas davon weiss)?

Hingegen soll es nicht wahr sein, dass jener Unternehmer und vielfache Verwaltungsrat, der das Atomkraftwerk Kaiser-augst zu Fall gebracht hat, insgeheim Unterschriften sammelt für eine Motion zwecks Abschaffung der Armee. Sagte er mir auf der Heimfahrt von Bischofszell nach einer Abschaffungs-Diskussion!

Hansjörg Braunschweig